



## Bericht zum Stand der deutschen Einheit

Bericht zum Stand der deutschen Einheit

# Es geht um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Trotz des Abbaus struktureller Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland bewerten auch 33 Jahre nach der Wiedervereinigung die Menschen noch in beiden Teilen des Landes die Lage unterschiedlich. Das ist ein Ergebnis des im September vorgelegten Berichts der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2023.

2

Der Bericht, der seit 1997 jährlich beziehungsweise seit 2022 im Wechsel mit einem eigenständigen Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland erscheint, konzentriert sich in seiner aktuellen Ausgabe bewusst auf das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auf die Besonderheiten des Lebens in der Stadt und auf dem Land. Bemerkenswert ist, dass die Differenzen zwischen Stadt und Land, wenn es um die Einschätzung von gleichwertigen Lebensverhältnissen geht, viel größer sind als zwischen Ost und West. Das heißt, die Bewertung fällt im ländlichen Raum Ostdeutschlands gegenüber der in ostdeutschen Städten viel unterschiedlicher aus als der Vergleich mit westdeutschen kleinen Gemeinden. Dasselbe gilt auch umgekehrt.

Fakt ist allerdings, dass ein höherer Anteil von Menschen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands in einem Umfeld lebt, das von einer stagnierenden oder schrumpfenden Bevölkerung, von anderen Familienstrukturen und von einer geringeren Ausstattung mit

Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge geprägt ist. Stadt-Land-Unterschiede – zuungunsten ländlicher Regionen – zeigen sich in Ostdeutschland eher als in Westdeutschland. Dies betrifft zumindest die Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, mit Ärztinnen und Ärzten sowie mit Apotheken. Mit den Angeboten des öffentlichen Nahverkehrs sind ländliche Regionen in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen schlechter versorgt als Städte.

## Passgenaue Maßnahmen erforderlich

Dieser differenzierte Befund bedeutet nichts anderes, als dass das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse nur mit passgenauen Instrumenten erreicht werden kann, folgert die Bundesregierung in ihrem Bericht. Auch bei der Kommunikation von Politik sei eine Differenzierung vonnöten, die mentale Unterschiede, historische Präzedenzen und neuere Entwicklungen berücksichtigt. Denn gute Lebensbedingungen, wie bezahlbares Wohnen, schnelles Internet, eine erreichbare Ge-

sundheitsversorgung und alltagstaugliche, nachhaltige Mobilitätsangebote sind nicht überall gegeben und die Voraussetzungen, sie zu erreichen, auch nicht überall gleich gut.

Für Ostdeutschland, das durch weniger urbane Zentren und in ländlichen Räumen durch eine geringere Bevölkerungsdichte und einen bereits weiter fortgeschrittenen demografischen Wandel geprägt ist, stellt der Bericht zahlreiche politische und administrative Handlungsbedarfe fest.

Dazu zählt zunächst die Unterstützung einer gezielten Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Hier hat die Bundesregierung bereits verschiedene gesetzliche Maßnahmen getroffen, um ausländische Fachkräfte zu gewinnen.

Handlungsbedarf gibt es auch in Sachen Gleichstellung: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert deshalb unter anderem eine Unterstützungsmaßnahme zur Steigerung des Frauenanteils in der (Kommunal-)Politik mit Schwerpunkt ländliche Regionen. Unterstützung kommt auch von der Europäischen Union mit dem „Aktionsprogramm Kommune – Frauen in der Politik“.

Andere Förderprojekte zielen darauf ab, die Teilhabe älterer Menschen speziell beim Erwerb digitaler Kompetenzen zu unterstützen. Denn für diesen

Personenkreis sind diese Kenntnisse ein entscheidender Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Ob Bankgeschäfte, Arzttermine, Mobilität im Nah- und Fernverkehr, Wohnungs- oder Informationssuche – die Digitalisierung wirkt in jeden Lebensbereich hinein.

Noch immer klaffen Angebot und Nachfrage bei der Kinderbetreuung trotz einiger Investitionsprogramme auseinander, und zwar im Osten wie auch im Westen Deutschlands. Für den weiteren Ausbau der Kitaangebote und der Ganztagsbetreuung an Schulen setzen Bund und Kommunen wegen der unterschiedlichen Ausgangslagen auf enge Kooperation. Ein enges Zusammenwirken ist übrigens auch bei der Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume notwendig, in diesem Fall zwischen der EU, Deutschland und den Bundesländern.

## Flächendeckende Gesundheitsversorgung

Um die Gesundheitsversorgung flächendeckend und qualitativ hochwertig in ländlichen ostdeutschen Regionen sicherzustellen, soll die geplante Krankenhausreform einen wichtigen Beitrag leisten. Im Rahmen des vom Bundesgesundheitsministerium geplanten Gesetzentwurfes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in den Kommunen sind neben niederschweligen Gesundheitskiosken Primärversorgungszentren

vorgesehen, die ein besonderes hausärztliches Versorgungsangebot zur Verfügung stellen sollen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eröffnet werden, Gesundheitsregionen und kommunale medizinische Versorgungszentren zu bilden. „Ziel ist unter anderem, Kooperation und Koordination in der regionalen Versorgung zu vertiefen, die sektorale Trennung zu überwinden und so Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung zu verbessern“, heißt es in dem Bericht. Auch die Digitalisierung eröffne große Potenziale in der Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen. Der Ausbau und die bessere Integration telemedizinischer Leistungen, wie Videosprechstunden, Telekonsile, telemedizinische Funktionskontrollen, Telemonitoring und telenotärztliche Behandlungen, zählen deshalb zu den zentralen Vorhaben der Bundesregierung.

### ■ Deutliches Gefälle in der Gigabitversorgung

Ein deutliches Stadt-Land-Gefälle besteht, so der Bericht, in der Gigabitversorgung. Laut Breitbandatlas des Bundes waren zum Stand Dezember 2022 die rund 4,4 Millionen Haushalte in ländlichen Regionen nur zu 31,3 Prozent mit Gigabit (1000 Mbit/s) versorgt, während im Bundesschnitt 70,5 Prozent der Haushalte mit Gigabit versorgt sind. Für 23,2 Prozent der Haushalte in Deutschland standen zum Jahresende 2022 Gigabitanschlüsse auf der Basis von Glasfaser zur Verfügung, wobei die ostdeutschen Bundesländer aufgrund der geringeren Verfügbarkeit von Kabelnetzen unter dem Bundesschnitt liegen, jedoch bei Glasfaseranschlüssen in den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern darüber. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist die flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen bis ins Haus und Flächendeckung beim neuesten Mobilfunkstandard bis 2030 – auch in ländlichen Räumen.

### ■ Förderung eines innovationsorientierten Strukturwandels

Was die ostdeutsche Industrie betrifft, konstatiert der Bericht eine erfolgreiche Neuaufstellung. Neben kleinen und mittelgroßen Unternehmen hätten sich regionale Schwerpunkte herausgebildet, darunter einige Standorte für Spitzentechnologien wie Mikroelektronik und Elektromobilität. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert einen innovationsorientierten Strukturwandel in strukturschwachen Regionen in Ost- und Westdeutschland und unterstützt beispielsweise die Vision, das nordöstliche Mecklenburg-Vorpommern zu einer Vorbildregion der Bioökonomie zu entwickeln.

In Sachen Klimaschutz bietet sich ein differenziertes Bild: Während in Brandenburg,

Sachsen und Sachsen-Anhalt wegen der hohen Stromerzeugung aus Braunkohle die Treibhausgasemissionen pro Kopf teils deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist Mecklenburg-Vorpommern hingegen durch hohe Windstromerzeugung geprägt.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien bestehen die größten Unterschiede nicht zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern, sondern tendenziell zwischen dem windreichen Norden und dem sonnigen Süden sowie zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die ost- beziehungsweise westdeutsche Vergangenheit der 16 deutschen Bundesländer bei Klimaschutz und Energiewende nur eine begrenzte Rolle spielt. Maßgebliche Faktoren sind ihre geografische Lage, Topografie, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur sowie auch die politi-

schen Rahmenbedingungen auf Landesebene.

Der 176 Seiten umfassende Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit steht zum Download zur Verfügung unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/deutsche-einheit-2023-2226088>.

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

### Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht  
dbb beamtenbund und tarifunion  
landesbund mecklenburg-vorpommern  
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin  
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,  
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler  
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen  
Theresienstraße 15, 01097 Dresden  
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,  
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock  
dbb beamtenbund  
und tarifunion sachsen-anhalt  
Schleifufer 12, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391.5619450,  
post@sachsen-anhalt.dbb.de,  
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn  
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Schmidtstädter Straße 9, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,  
www.thueringer-beamtenbund.de

**Redaktion:** Annemarie Wellige  
(leitende Redakteurin)

### Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titel:** Colourbox.de

**Verlag:** DBB Verlag GmbH,  
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

**Telefon:** 030.7261917-0

**Telefax:** 030.7261917-40

**Internet:** [www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)

**E-Mail:** [kontakt@dbbverlag.de](mailto:kontakt@dbbverlag.de)

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH,  
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,  
40878 Ratingen

**Telefon:** 02102.74023-0

**Telefax:** 02102.74023-99

**E-Mail:** [mediacenter@dbbverlag.de](mailto:mediacenter@dbbverlag.de)

### Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715

### Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

**Telefon:** 02102.74023-714

### Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

**Telefon:** 02102.74023-712,

Preisliste 26, gültig ab 1.1.2023

### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

**Zum Stand der Deutschen Einheit**  
Bericht der Bundesregierung 2023

© Bundesregierung

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland

dbb Senioren

# Thomas Krupp in den Vorstand gewählt

„Zukunft. Mit uns. Für alle.“ – unter diesem Motto tagte am 16. und 17. Oktober 2023 das höchste Gremium der dbb bundesseniorenvertretung, der Bundesseniorenkongress. Zum dritten Mal nach 2013 und 2018 wählten die 136 Delegierten eine neue Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung.

Unser Kandidat aus Mecklenburg-Vorpommern, der stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Krupp, wurde im ersten Wahlgang zu einem der Stellvertreter des wiedergewählten Vorsitzenden der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing (DPhV), gewählt. Norbert Lütke (komba) bleibt weiterhin Zweiter Vorsitzender. Max Schindlbeck (VBE) und Anke Schwitzer (DSTG) vervollständigen die Geschäftsführung als stellvertretende Vorsitzende.

„Ich bin sehr stolz auf das Wahlergebnis und bedanke mich herzlich bei den Delegierten für das in mich gesetzte Vertrauen. Dass mein langjähriges Engagement im dbb und in der komba mecklenburg-vorpommern sich jetzt im Seniorenbereich fortsetzt, ist angesichts des demografischen Wandels folgerichtig. Besonders am Herzen liegt mir die generationenübergreifende Zusammenarbeit, von daher halte ich ein verstärktes Zusammengehen der Querschnittsorganisationen innerhalb des dbb – Frauen, Jugend und Senioren – für äußerst wichtig“, so Krupp nach seiner Wahl.

## ■ Gemeinsam zu zukunftsfeste Lösungen

Auch der Chef der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, betonte in seiner Rede, dass die Kooperation mit der dbb bundesfrauenvertretung und der dbb jugend künftig noch intensiviert werden soll: „Nur gemeinsam können wir zukunftsfeste Lösungen für den öffentlichen



➤ Die Delegierten aus Mecklenburg-Vorpommern auf dem 3. Bundesseniorenkongress: Gerd Dümmel, Klaus Peter Glimm, Viktor Urban, Sonja Reich, Thomas Krupp, Helmut Halwachs, Klaus Junker, Sonja Blanck (von links)

Dienst und seine Angehörigen finden!“, betonte Klitzing. Erfreut stellte er darüber hinaus fest, dass die bundesseniorenvertretung in den vergangenen zehn Jahren zu einem unverzichtbaren Bestandteil des dbb beamtenbund und tarifunion geworden ist. Den Beschlüssen des Bundesseniorenkongresses entsprechend werde sich die Arbeit der dbb bundesseniorenvertretung in den kommenden fünf Jahren den Hauptproblemen widmen, die die dbb Senioren umtreiben: Sicherung der Alterseinkünfte, Pflege, altersgerechte Wohnmöglichkeiten und nicht zuletzt gesellschaftliche Teilhabe im Alter.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erinnerte in seiner Rede unter anderem an die besonderen Schwierigkei-

ten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den vergangenen Jahren: Kriege, Pandemie, Inflation, Wohnungsnot, Pflegenotstand, bröckelnde Finanzbasis der Sozialversicherungssysteme und Ungerechtigkeiten bei staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wie der Energiepauschale oder der Inflationsprämie hätten die problematische Situation gekennzeichnet und wirkten weiter fort.

## ■ Forderungen geschickt platziert

„Trotzdem ist es der Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung gelungen, ihre Forderungen geschickt in Politik und Öffentlichkeit zu platzieren“, betonte Silberbach. Stets habe sie dabei mit Gespür

für das „Gleichgewicht von Kampfgeist und Zurückhaltung“ agiert. „Die Entscheidung des dbb Gewerkschaftstages 2022, den Vorsitzenden unserer dbb bundesseniorenvertretung als Gastmitglied in die dbb Bundesleitung zu integrieren, war goldrichtig. Die Arbeit der Bundesleitung wird durch die Einbeziehung von Frauen, Jugend und Senioren eindeutig bereichert“, unterstrich der dbb Bundesvorsitzende.

## ■ Gute Wünsche vom Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, zeigte sich ebenfalls sehr erfreut über die Wahl seines Stellvertreters Thomas Krupp in den geschäftsführenden Vorstand der dbb bundesseniorenvertretung. „Ich gratuliere dem Kollegen Thomas Krupp sehr herzlich und wünsche ihm für sein neues Amt alles Gute. Zudem freue ich mich, dass Mecklenburg-Vorpommern mit einer starken Delegation auf dem Bundesseniorenkongress vertreten war. Das zeigt deutlich, dass auch in unseren Mitglieds-gewerkschaften die Seniorenarbeit einen hohen Stellenwert hat“, so Knecht. Das sei nicht zuletzt auf die gute Arbeit der dbb landesseniorenvertretung unter ihrem Vorsitzenden Gerd Dümmel in den letzten Jahren zurückzuführen. Schließlich sei diese bei ihrer Gründung im November 2016 bundesweit eine der ersten dbb landesseniorenvertretungen überhaupt gewesen, rief der dbb Landesvorsitzende in Erinnerung. ■

## 20 Jahre BTB M-V

# Jubiläum im Rostocker Zoo

Vor 20 Jahren, im November 2003, gründete eine Gruppe von Gewerbeaufsichtsbeamten den BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft Mecklenburg-Vorpommern (BTB M-V). Längst ist die Gewerkschaft in allen Bundesländern vertreten und natürlich hat sich auch die ursprüngliche Mitgliederzahl von neun inzwischen vervielfacht. In Mecklenburg-Vorpommern ist neben die Fachgruppe Gewerbeaufsicht eine weitere hinzugetreten, nämlich die der Berufsfeuerwehr.

Zum 20-jährigen Bestehen trafen sich die Mitglieder des BTB M-V am 20. Oktober 2023 in Rostock bei bestem norddeutschen Schmuddelwetter. Zu dem freudigen Ereignis eingeladen war auch der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

Als besonderes Schmankerl des „Jubiläumstreffens“ hatten sich die Organisatoren eine technische Führung durch das Polarium des Rostocker Zoos einfallen lassen. Denn wann hat man schon mal die Gelegenheit, hinter die Kulissen eines Zoos zu schauen – und zwar unter der fachkundigen Führung des technischen Leiters des Rostocker Zoos, Keno Dirks. Der machte seine Sache hervorragend und musste viele Fragen seiner technisch versierten Besuchergruppe beantworten.

Nach der Führung blieb noch etwas Zeit, den Zoo auf eigene Faust zu erkunden, bevor es gleich nebenan ins Wirtshaus Trotzenburg ging.

## ➤ Rückschau auf Gewerkschaftspolitik

Hier ergriff der Landesvorsitzende Udo Dannhauer das Wort und hielt noch einmal Rückschau auf die Herausforderungen der letzten zehn Jahre. So setzte sich BTB M-V in der gesamten Zeit von 2013 bis 2020 immer wieder dafür ein, dass die Möglichkeiten zur An-

erkennung von Erfahrungsdienstzeiten auch voll ausgeschöpft werden.

Ein besonderer Erfolg gelang nach 13 Jahren Rechtsstreit mit der Hansestadt Rostock. Die Kläger, unter ihnen der BTB M-V, erreichten, dass die Beamten der Berufsfeuerwehr Rostock über eine Million Euro

Nachzahlungen für zurückliegende Mehrarbeit erhielten.

Im Jahr 2018 engagierte sich der BTB M-V insbesondere für die Aufnahme der Notfallsanitäterzulage in die Erschwerniszulagenverordnung. Und natürlich zählen auch die beiden Gewerkschaftstage im Oktober 2016 und 2021 zu den ge-

werkschaftspolitischen Höhepunkten der letzten zehn Jahre.

## ➤ Maßnahmen gegen Fachkräftemangel

Aktuell arbeitet der BTB M-V daran, dem Fachkräftemangel im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich entgegenzuwirken. In der Würzburger Resolution des BTB sind zur Verbesserung der Situation konkrete Vorschläge unterbreitet worden, die es jetzt umzusetzen gilt. Dazu gehören beispielsweise eine verstärkte eigene Ausbildung, weitere Verbeamtungen und die Anhebung der Einstiegs- und Spitzenämter. ▶



➤ Trotz des schlechten Wetters guter Stimmung: die BTB-Mitglieder mit dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht (9. von links) vor dem Polarium des Rostocker Zoos

Weiterer Arbeitsschwerpunkt neben dem Abbau des Fachkräftemangels ist die Personalsituation im LAGuS. In Gesprächen mit Landtagsabgeordneten hat der BTB M-V bereits für mehr Stellen beim Arbeitsschutz, beim Patientenschutz

und der Produktsicherheit gewonnen und an entsprechende Aussagen im Koalitionsvertrag erinnert. Kritisch sieht der BTB M-V das Wiederaufleben eines Personalkonzeptes, wonach jede dritte Stelle nicht nachbesetzt werden soll.

Innengewerkschaftlich arbeitet der BTB M-V in Bundesarbeitskreisen und auch in der BTB-Frauenvertretung mit.

Mit Blick auf die Zukunft unterstrich Udo Dannhauer schließlich: „Der BTB M-V

braucht noch mehr neue Mitglieder und auch solche, die sich als Vorstandsmitglied oder Fachgruppenleiter einbringen wollen. Die Rahmenbedingungen sind vorhanden, es kommt auf die Ideen jedes Einzelnen an.“

## Landesvertretertag der DJG M-V

# Katja Rosenau ist neue Vorsitzende

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern (DJG M-V) hat auf ihrem Landesvertretertag am 18. Oktober in Rostock eine neue Vorsitzende gewählt. Katja Rosenau, die langjährige stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft, ist Bernd Kammermeier im Amt gefolgt.

Bernd Kammermeier wird der neuen Vorsitzenden, die auch stellvertretende Hauptpersonalratsvorsitzende im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern ist, künftig als stellvertretender Landesvorsitzender zur Seite stehen.

Als Beisitzerinnen wurden Claudia Utes, Christin Baade, Monique Westphal und Jeanette Kretschmer gewählt. Die finanziellen Geschicke der DJG liegen auch künftig in den bewährten Händen von Toni Kendzierski und die Kassenprüfung wird nach wie vor von Sonja Reich durchgeführt werden.

Der dbb m-v wünscht dem neuen Vorstand der DJG viel Erfolg und freut sich auf eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit.

Thematische Schwerpunkte des Vertretertags waren insbesondere der Entwurf des Doppelhaushalts 2024/2025 von Mecklenburg-Vorpommern sowie die Umgruppierung der Justizfachangestellten gemäß TV-L.

### ■ Verbeamtungen begrüßt

Von der DJG wird nachdrücklich begrüßt, dass im mittleren Dienst der Justiz wieder verbeamtet wird und dafür auch wieder die Ausbildung an der Fachhochschule in Güstrow angeboten werden soll. „Das ist ein guter Schritt hin zu einer zukunftsfesten Justiz in Mecklenburg-Vorpommern, denn der Beamtenstatus ist Garant für eine leistungsfähige und unabhängige Justiz“, waren sich die Delegierten einig. Die Verbeamtung ermögliche es dem Land Mecklenburg-Vorpommern zudem, leistungsgerechte und attraktive Arbeitsplätze in der Justiz anzubieten und auf diese Weise das notwendige Personal im Land zu halten. Auch der mit der Verbeamtung eröffnete unkomplizierte Einstieg in das Gerichtsvollzieherwesen bietet nach Einschätzung der DJG attraktive Entwicklungsmöglichkeiten und stellt den mittleren Dienst insgesamt wesentlich stärker auf. Erfüllt werde jetzt eine langjährige Forderung der DJG, die über viele Jahre leider oft nur noch belächelt worden sei.

Dagegen falle bei einem kritischen Blick auf den Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 leider auf, dass die Dienstposten im mittleren Dienst der Gerichte und Staatsanwaltschaften bei der Besoldungsgruppe A 8 enden und nicht bei der A 9Z, wie in vielen anderen Ländern üblich und auch für den mittleren Dienst durchaus vorgesehen.

### ■ Zu niedrige Dienstpostenbewertungen

„Warum ergibt die Dienstpostenbewertung in unserem Land für diese Tätigkeiten so niedrige Bewertungen, während in anderen Ländern die Bandbreite voll ausgeschöpft werden kann? Wie viele Stellen müssten hier tatsächlich vorgesehen werden? Und überhaupt: Gibt es nicht viel zu wenige A 8-Stellen (nur 272), wenn im Tarifvertrag dafür die E 9a vorgesehen ist und die Tätigkeiten entsprechende Merkmale beinhalten? Wir fordern deshalb eine deutliche Erhöhung der A 8er-Stellen auf 382 und die Schaffung von 50 A 9er-Stellen im Haushaltsplan“, heißt es dazu in der Stellungnahme der DJG. „Gleiches gilt natürlich auch für den einfachen Dienst (Justizwachtmeisterei). Warum gibt es so wenige A 6-Stellen (nur 34 im Gegensatz zu 123 A 5-Stellen) und vor allem warum keine A 7- oder A 8-Stellen? A 6-Stellen sind nach der aktuellen Dienstpostenbewertung nur

für leitende Wachtmeister und Wachtmeisterinnen vorgesehen. Der Aufgabenschwerpunkt verlagert sich aber immer mehr in den mittleren Dienst, da allein das Scannen und Signieren der Schriftstücke ja schon Aktenführung und damit eigentlich originäre Aufgabe einer Geschäftsstelle ist.“

### ■ Bewerber ziehen sich zurück

Im Kollegenkreis würde wegen der niedrigen Besoldung bereits über den Verbleib in der gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. Gerade im einfachen Dienst stellten die hohen Kosten für die privaten Krankenkassen eine übermäßige Belastung dar. In der Vergangenheit hätten einige Bewerberinnen und Bewerber aus diesem Grund bereits zugesagte Stellen wieder abge sagt. So weit würde es nach Überzeugung der DJG überhaupt nicht kommen, wären die Dienstposten entsprechend bewertet worden beziehungsweise überhaupt vorhanden. Gefordert wird deshalb eine deutliche Erhöhung der A 6er- auf 90 Stellen im Haushaltsplan.

Für die Gerichts- und Bewährungshilfe (gehobener Dienst) stelle sich die Frage, warum es 60 A 10-Stellen und nur 14 A 11-Stellen und sechs A 12-Stellen gibt? Im Vergleich hierzu sieht es bei den Rechtspflegern (ebenfalls gehobener Dienst) wesentlich besser aus:

98 A 10-Stellen stehen 120 A 11-Stellen und 68 A 12-Stellen gegenüber. Es gibt also im Rechtspflegedienst im Gegensatz zum ambulanten Sozialdienst überproportional viele Beförderungssämter.

### ■ Ungleichbehandlung bei Beförderungssämtern

Diese Ungleichbehandlung will die DJG beendet wissen, weil Gerichts- und Bewährungshelfer ebenfalls eine amtsangemessene Besoldung verdienen. „Gerichts- und Bewährungshelfer sind Garanten für die innere Sicherheit im Land und decken regelmäßig mit ihren privaten Pkws für 35 Cent pro Kilometer die ambulante Versorgung der Probandinnen und Probanden für das ganze Land ab. Sie fahren viele Tausend Kilometer im Jahr und werden nach den seriösen Berechnungen des ADAC (Kosten circa ein Euro pro Kilometer) dafür nicht kostendeckend entschädigt. Wir for-

dern deshalb unter anderem eine deutliche Aufstockung der A 11er (um 30 Stellen) und A 12er (um 15 Stellen) in Angleichung an den Rechtspflegedienst und damit verbunden eine neue Dienstpostenbewertung. Die Stellenkegel sollten in allen Besoldungsgruppen angepasst werden und einheitlich sein“, unterstrich Katja Rosenau in diesem Zusammenhang.

Zur Finanzierung dieser Forderungen schlägt die DJG M-V vor, die obere Landesbehörde „LaStar“ abzuschaffen und die Sozialen Dienste der Justiz sowie die Aufsichtsstelle – wie bundesweit üblich – organisatorisch an die Gerichte zurückzuführen. Auf diese Weise könnten nach Einschätzung der DJG Einsparungen im Landeshaushalt im unteren einstelligen Millionenbereich erzielt werden, ohne dass die Leistungen der Sozialen Dienste der Justiz dadurch wesentlich beeinträchtigt würden. Die Ver-

waltung der Liegenschaften und des Personals könnte beispielsweise von einem Gericht mit übernommen werden. Im Ergebnis biete die Rückführung der Sozialen Dienste der Justiz an die Gerichte deutliche Einsparpotenziale, ohne Qualitätsverluste bei der Dienstleistung Gerichts- und Bewährungshilfe hervorzurufen.

Auch die überwiegende Mehrheit der Gerichts- und Bewährungshelferinnen und -helfer würde eine solche Rückführung begrüßen. Politisch könnte sich die Maßnahme nach Einschätzung der DJG deshalb durchaus positiv auswirken. Mit einer deutlichen Zustimmung aus der Kollegenschaft bei einem solchen Schritt wäre jedenfalls zu rechnen.

### ■ Entbürokratisierung vorantreiben

Darüber hinaus sollte über weitere Maßnahmen zur

Entbürokratisierung nachgedacht werden. „Warum wird in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel immer noch an dem Anachronismus des anerkannten Privat-Pkw festgehalten? Weshalb gibt es immer noch keine elektronische Fahrtkostenabrechnung für dienstlich veranlasste Fahrten? Warum gibt es beim Thema Digitalisierung immer noch Alleingänge, während andere Länder längst in groß angelegten Entwicklungsbündeln arbeiten?“, fragt die DJG.

Auch die Stärkung des Opferschutzes im Land werde von der Landesregierung nicht mit der nötigen Konsequenz vorangetrieben und finanziell ausgestattet. Nach Ansicht der DJG sollte sich die Justiz gerade im Bereich der Schadenswiedergutmachung und des Täter-Opfer-Ausgleichs neu aufstellen und Konflikte nicht immer erst im Gerichtssaal zu lösen versuchen.



© DJG M-V

➤ Der neue gewählte Landesvorstand der DJG: Katja Rosenau, Toni Kendzierski, Christin Baade, Sonja Reich, Monique Westphal, Claudia Utes, Jeanette Kretschmer und Bernd Kammermeier (von rechts)

# Tag der Polizei – gemeinsam mehr erreichen

6 000 Quadratmeter Fläche, 70 Stände und Aussteller sowie knapp 7 000 Besucher – das war die Bilanz des „Tages der Polizei Sachsen“ am 30. September 2023 im Bereich der Polizeidirektion in Görlitz. Zugleich ist die Veranstaltung der Startschuss für das Gemeinschaftsprojekt der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) und der Polizeidirektion Görlitz gewesen.

Der SBB war mit einem Informationsstand vertreten und hat über die Vielfalt seiner Mitgliedsgewerkschaften informiert. Viele Gäste des Festes stimmten zu, dass Gewerkschaften gerade in der heutigen Zeit eine wichtige Rolle für die Beschäftigten spielen.

Zahlreiche Besucher unterstützten auch die Unterschrift-



> Vor Ort am SBB-Stand: André Ficker und Klaus-Peter Schölzke

tensammlung des SBB, mit deren Hilfe auch in Sachsen endlich ein Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub durchgesetzt werden soll. ■

## > Amtsangemessene Alimentation – Update



© thejokerze/stock.adobe.com

- > Die wichtigste Nachricht vorweg: Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen wird die im Vierten Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Viertes Dienstrechtsänderungsgesetz – 4. DRÄndG) getroffenen Regelungen auf ihre Verfassungskonformität gerichtlich überprüfen lassen!
- > Es wird zu klären sein, ob mit diesem Gesetz den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation der Beamtinnen und Beamten in Sachsen Genüge getan wurde.
- > Die Amtsangemessenheit der sächsischen Besoldung ist nicht Kür, sondern glasklare Pflicht des Dienstherrn.
- > Als SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen werden wir, im Interesse unserer Mitglieder, im Interesse der sächsischen Beamtinnen und Beamten, für Rechtssicherheit sorgen.
- > Die aktuelle SBB NEWS haben wir am 25. Oktober 2023 unseren Mitgliedsgewerkschaften zugeleitet. Wendet euch also gern an eure Landes-, Bezirks- oder Ortsvorstände, die euch umfassend informieren können.

# Parlamentarischer Abend des SBB – ein Erfolgsmodell

Traditionell im Herbst hat der SBB auch in diesem Jahr zum Parlamentarischen Abend eingeladen. Mit großer Resonanz, denn die Landesvorsitzende Nannette Seidler konnte zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus der sächsischen Politik und Verwaltung sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der dbb- und der #SBBfamilie in Dresden begrüßen.

Das Konzept der Veranstaltung ist dabei so einfach wie erfolgreich: Außerhalb von Amtsstuben und Besprechungsräumen werden große und kleine Themen angesprochen und es wird sich locker ausgetauscht. Ganz

nebenbei lernt man sich besser kennen und stellt dabei sehr schnell fest, dass sich außer dem Funktionär, der Entscheidungsträgerin, dem Verantwortungsträger immer auch Menschen begegnen. Menschen, die – bei



> Prof. Thomas Popp (Staatssekretär für Digitale Verwaltung und Verwaltungsmodernisierung), Roland Krieger (Präsident SVWA), Nannette Seidler (Landesvorsitzende SBB), Manja Kropp (stellvertretende Landesvorsitzende DSTG Sachsen) (von links)

aller Unterschiedlichkeit – dann doch ähnliche Ziele, gleiche Hobbys und manchmal auch denselben Humor haben.

Themen für einen Austausch gab es jedenfalls genug, wie die Landesvorsitzende Nannette Seidler zu Beginn kurz aufgezeigt hatte: Demografie, Digitalisierung und Demokratie heißen die aktuellen Probleme und großen Herausforderungen. Und für den SBB ist klar: „Wenn wir unseren öffentlichen Dienst und dessen privatisierte Bereiche zukunftsfähig, ja zukunftsfest aufstellen wollen, braucht es JETZT entschlossenes Handeln. Und es braucht auch den Mut, einmal neue Wege zu gehen. Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung ist nur die Seite der Medaille, unsere Kolleginnen und Kollegen werden nur dauerhaft en-

gagiert sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir in der SBB-Familie wissen, wo der Schuh drückt. Und wir sind überzeugt, dass wir diese Herausforderungen am besten gemeinsam anpacken sollten, ja müssen. Dazu müssen wir immer wieder miteinander reden. Unser Parlamentarischer Abend war dafür eine weitere, eine hervorragende Gelegenheit.“

#### ➤ Positives Feedback

Sehr positiv ist die Resonanz der Kolleginnen und Kollegen auf den Parlamentarischen Abend:

„Mit erstaunlicher Offenheit konnte man über ‚alles‘ reden und erhielt ehrliche Antworten, wenn man fragte.“  
(Franz-Josef Fischer/KEG Sachsen)



➤ Roland König (Vorsitzender vbbA, links) und Rainer Wendt (Vorsitzender DPoG)

© Agentur Projekt40 | Jeannette (3)

„Ein schöner Abend mit einem breiten Teilnehmerfeld – viele interessante Gespräche und Gesprächspartner vor Ort – bedenklich für das SMK, dass von dort niemand anwesend war ...“  
(Michael Jung/SLV)

„In den Gesprächen konnte ich von verschiedenen Personen Sorgen und Nöte, aber auch eine Erweiterung meines Horizontes erfahren. Es hat sowohl meine Arbeit als auch mich persönlich bereichert.“  
(Antje Bräuer/SBB Frauen)

„Ich bin überrascht gewesen, in welcher entspannter Atmosphäre wir mit den Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung sprechen konnten. Unsere gewerkschaftlichen Themen konnte ich einbringen und es war sofort eine Basis für Gespräche da, ohne gleich ein großes Ziel zu verfolgen, aber

doch, um die gegenseitigen Standpunkte auszutauschen. So ein Abend schafft eine persönliche Ebene, auf der wir in weiteren Gesprächen aufbauen können.“  
(Manja Kropp/DSTG)

„Sehr gute Veranstaltung, interessante und wichtige Gespräche mit positiver Nachwirkung.“  
(Lars Vollbarth/DGVB)

„Ich konnte viele interessante Gespräche mit Gästen aus Politik und Gewerkschaften führen. Gab viele Inspirationen und der Austausch miteinander ist immer eine gute Gelegenheit, sich auch mal persönlich kennenzulernen, um dem ganzem ein Gesicht zu geben.“  
(Ronald Kampe/GDL)

Eines ist für den SBB jedenfalls klar: „Das machen wir unbedingt mal wieder!“



➤ Die Justiz im Gespräch: Thomas Santa (stellvertretender Vorsitzender DBSH) mit Mathias Weilandt (Staatssekretär SMJUSDEG) und Staatsministerin Katja Meier (SMJUSDEG) mit Thomas Porr (Vorsitzender BSBD Sachsen) und Tanja Romstedt (Vorsitzende VSR) (von links)

## Tag der offenen Hochschule Meißen

Am 21. Oktober 2023 öffnete die Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen wieder für alle Interessierten ihre Pforten.

Ob Fachvorträge der einzelnen Fachbereiche, Infomesse oder Führungen über den Campus, all das konnten potenzielle Anwärter in der Zeit von 9 bis 14 Uhr besuchen.

Die Hochschule bildet in fünf Fachbereichen aus: Allgemeine Verwaltung, Sozialverwaltung und Sozialversicherung, Steuer- und Staatsfinanzverwaltung, Rechtspflege und Digitale Verwaltung sowie auch den Nachwuchs für die gehobene Funktionsebene in



➤ Nannette Seidler (SBB) und die Jugend vom BTB und DSTG, Alaa Yahya und Lukas Hauptmann (von links)

der Verwaltung und Justiz des Freistaates Sachsen. Das Fortbildungszentrum ist damit die zentrale ressortübergreifende Fortbildungseinrichtung für die Bediensteten der Landesverwaltung.

Auch der SBB war mit einem Stand auf der Infomesse vertreten und konnte viele Fragen der Besucher rund um das Studium, die Krankenversicherung und natürlich auch zum Beitritt in eine der SBB Fachgewerkschaften beantworten.

Weitere Informationen unter:  
[www.hsf.sachsen.de](http://www.hsf.sachsen.de)

## SBB Frauen

# Landesfrauenkongress wählt neuen Vorstand

Der VII. Landesfrauenkongress (LFK) der SBB Frauen am 17. Oktober 2023 in Dresden stand klar im Zeichen der Veränderung. Die Delegierten wählten eine neue Führungsriege.

Inhaltlich bot der Landesfrauenkongress den Teilnehmerinnen die Gelegenheit, aktuelle gesellschaftliche Fragen und Herausforderungen zu diskutieren. Ein Schwerpunkt war dabei der Volksantrag, der auch für Sachsen ein Recht auf fünf Tage jährlichen Bildungsurlaub fordert. Unter dem Motto „Gemeinsam stark für die Zukunft“ wurde außerdem über Themen wie Gleichberechtigung, Geschlechtergerechtigkeit, Bildungschancen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf debattiert. Die Delegierten tauschten Ideen aus, um Lösungsansätze für diese drängenden Fragen zu finden.

Die Landesvorsitzende des SBB, Nannette Seidler, stimmte in einem Grußwort auf die aktuelle Tarifrunde der Länder ein und warb um Solidarität und aktive Unterstützung aller Fachgewerkschaften.

Ein Höhepunkt des Kongresses war die Wahl des neuen Vorstandes der SBB Frauen. Nach Jahren engagierter Tätigkeit wurde der bisherige Vorstand mit einem herzlichen DANKESCHÖN für viele Jahre toller Arbeit verabschiedet, wobei aus unterschiedlichen Gründen nur ein Mitglied des bisherigen Vorstandes seine weitere Vorstandstätigkeit zusicherte. Damit wurde dringend ein neuer Vorstand gesucht – und es wurde auch ein Team engagierter Frauen dafür gewonnen mit Antje Bräuer (SLV) als Vorsitzende und

den Stellvertreterinnen Diana Arndt (vbba), Anne Baumbach (SLV) und Monika Dietz (VLFS).

Die frisch gewählte Vorsitzende Antje Bräuer unterstrich in ihrer Antrittsrede die Wirkung der kontinuierlichen Arbeit der SBB Frauen über die Gewerkschaft hinaus für alle Frauen in Sachsen. Auch deshalb sei dies notwendig, die Ziele des SBB weiter voranzutreiben.

Der Landesfrauenkongress bot jedoch nicht nur Raum für politische Diskussionen



> Nannette Seidler (Landesvorsitzende SBB), Antje Bräuer (Vorsitzende SBB Frauen), Diana Arndt (stellvertretende Vorsitzende SBB Frauen), Monika Dietz (stellvertretende Vorsitzende SBB Frauen), Anne Baumbach (stellvertretende Vorsitzende SBB Frauen), Steffen Winkler (stellvertretender Vorsitzender SBB) (von links)

und Wahlen, sondern auch für vielfältige Anträge und den Austausch von Erfahrungen. Die Teilnehmerinnen ermutigten sich gegenseitig, stark für ihre Ziele zu sein und sich aktiv in ihren Organisationen und Verbänden für die Rechte



© SBB@Hala (2)

> Die Teilnehmerinnen des LFK und Steffen Winkler als Vertreter der Landesleitung des SBB

nicht nur ein bedeutendes politisches Ereignis, sondern auch DIE Gelegenheit, gemeinsam Stärke und Zusammenhalt der Frauen in Sachsen zu zeigen. Am Ende des Kongresses waren nicht nur viele neue Kontakte geknüpft, sondern auch der Blick über den eigenen Teller deutlich erweitert. Wir sind gespannt, welche positiven Weiterentwicklungen es für die Gleichstellung der Frauen in Sachsen in den nächsten Jahren geben wird und was mithilfe der SBB Frauen für die Zukunft erreicht werden kann. Denn auch hier gilt das Motto: „Wirkung kommt von WIR – Gemeinsam mehr erreichen.“

und Bedürfnisse von Frauen einzusetzen.

### ■ Stärke und Zusammenhalt

Der Landesfrauenkongress der SBB Frauen war somit

## Seminar

# Interessante Reden bei Veranstaltungen

Bei Reden kommt es nicht allein darauf an, was gesagt, sondern vor allem auch, wie es präsentiert wird. Bei einem zweitägigen, von dbb akademie und SBB organisierten Seminar zum Thema „Interessante Reden bei Veranstaltungen“ wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer deshalb ausführlich mit Rede- und Präsentationstechniken vertraut gemacht.

Referentin Manuela Lott führte theoretisch und praktisch in verschiedene Aspekte der Kommunikation und ihre Wirkung ein.

Unter anderem wurde die hohe Bedeutung von Körpersprache und Stimmlage für eine interessante Rede beziehungsweise für die aufmerksame Aufnahme ihres Inhalts bei den Zuhörern an Beispielen und praktischen Übungen herausgearbeitet. Mit Hilfe von Visualisierungstechniken konnten in Gruppenarbeit über 30 Möglichkeiten erarbeitet werden, wie einer Rede der wichtige „Wow-Effekt“ verliehen werden kann.

Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars lag auf optimaler Präsentationstechnik. Die Teilnehmer erhielten Tipps und lernten Tricks, wie sie ihre

Stimme, ihre Gestik und vor allem ihre Körpersprache effektiv einsetzen können, um eine Botschaft überzeugend zu vermitteln.

Das Seminar zeichnete sich durch einen praxisorientierten Ansatz aus. Theoretische Inhalte wurden durch praktische Übungen ergänzt, um das Erlernete direkt zu erproben und zu festigen. Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit, eigene Reden vorzubereiten und zu präsentieren, um ein Feedback und Verbesserungsvorschläge von Referentin Manuela Lott und den anderen Teilnehmern zu erhalten.

## ► Auf den Einstieg kommt es an

Wichtiger Bestandteil einer interessanten Rede ist auch ein

starker und aufmerksamkeits-erregender Einstieg. Dies kann beispielsweise eine persönliche Anekdote, eine überraschende Statistik oder eine provokative Frage sein, die das Interesse des Publikums weckt. Nicht weniger bedeutsam ist der rote Faden in einer Rede, was an Beispielen besonders deutlich wurde. Ein authentischer Redner schließlich wirkt glaubwürdig und gewinnt dadurch das Vertrauen des Publikums. Er zeigt seine Persönlichkeit und seine Leidenschaft für das Thema und weckt so das Interesse des Publikums. Spaß und Humor dürfen nicht fehlen.

## ► Praktischer Nutzen

Die Mitglieder aus den verschiedenen kommunalen und staatlichen Dienststellen und aus den Fachgewerkschaften

konnten bei dem Seminar neue Erkenntnisse gewinnen, die sie für ihre Aufgaben als Personalräte, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen und als Funktionsträger in gewerkschaftlichen Gremien nutzbringend anwenden können.

Die Landesvorsitzende Nanette Seidler stellte am Beispiel von Kernbotschaften der gewerkschaftlichen Arbeit dar, wie durch gezielte Wortwahl eine Botschaft verstärkt werden kann.

Insgesamt war das Seminar eine wertvolle Weiterbildung für alle, die ihre rhetorischen Fähigkeiten und Methoden verbessern und ihre Zuhörer begeistern möchten. Eine Fortsetzung und Vertiefung des Seminars werden von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gewünscht. Der SBB hat auch im Jahr 2024 Seminare gemeinsam mit der dbb akademie geplant.

André Ficker



Spitzengespräch im Finanzministerium

# Das lange Warten auf amtsangemessene Alimentation dauert an

Kein greifbarer Fortschritt in Sachen amtsangemessener Alimentation war ein enttäuschendes Ergebnis des jährlichen Gesprächs zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und dem Finanzministerium zu aktuellen Themen des Beamtenrechtes am 26. September 2023.

Zwar räumte Rüdiger Malter, Staatssekretär im Finanzministerium in Sachsen-Anhalt, die Notwendigkeit ein, die Alimentation wegen des mittlerweile eingeführten Bürgergelds zu überprüfen, aber wegen der Vielzahl der Parameter, die das Bundesverfassungsgericht den Besoldungsgesetzgebern aufgegeben habe, seien die Prüfungen noch nicht abgeschlossen. Man wolle aber noch in diesem Jahr damit fertig werden und gegebenenfalls den Entwurf eines entsprechenden Reparaturgesetzes zur Besoldung erarbeiten.

## ■ dbb enttäuscht

Iris Herfurth, erste stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, äußerte sich enttäuscht, dass Ende September 2023 immer noch keine greifbaren Informationen des Finanzministeriums vorliegen: „Die Beamtinnen und Beamten müssen weiter auf eine verfassungsgemäße Besoldung warten.“ Der dbb, erwerbe – wie schon in den Jahren 2015 bis 2021 – eine entsprechende Erklärung auf den Bezügemitteilungen. Dieser dbb Forderung erteilte der Staatssekretär allerdings eine klare Absage. Dazu der dbb Landesvorsitzende Ulrich Stock: „Die Beamtinnen und Beamten haben auf die Verfassung des Landes geschwo-

ren und können erwarten, dass sich ihr Dienstherr genauso an die Verfassung hält. Es ist enttäuschend, dass nun wieder alle Beamtinnen und Beamten Widerspruch einlegen müssen.“

## ■ Beurteilungsverordnung kommt

Weiteres Thema des Spitzengesprächs war die seit Langem in Aussicht gestellte Beurteilungsverordnung. Nach Angaben von Staatssekretär Malter soll ein vom Kabinett beschlossener Entwurf den Spitzenverbänden zeitnah für zur Verfügung gestellt werden.

## ■ Mehr Durchlässigkeit im Laufbahnrecht angemahnt

Auf die wiederholte Nachfrage des dbb zur Novellierung des Laufbahnrechts stellte Staatssekretär Malter unter Verweis auf den Kabinettsauftrag zur Vereinheitlichung der Laufbahnen ein Ergebnis im kommenden Jahr in Aussicht. Der dbb mahnte in diesem Zusammenhang nochmals nachdrücklich mehr Durchlässigkeit an, insbesondere innerhalb der Laufbahngruppe 2. Auch die Umsetzung des Bolognaprozesses müsse sich in der Laufbahnverordnung widerspiegeln. Die Anerkennung vieler Masterabschlüsse



zum Einstieg in das zweite Amt der Laufbahngruppe 2 stehe noch aus.

## ■ Dauerthema Beihilfe-App

Zum Dauerthema in den jährlichen Spitzengesprächen hat sich die Einführung einer Beihilfe-App entwickelt. Überraschend kündigte Finanzstaatssekretär Malter ein Pilotprojekt im Finanzamt Dessau-Roßlau an, über das zeitnah eine App-basierte Anwendung für die Landesbeamtinnen und -beamten zur Verfügung gestellt werden soll. „Dies muss dann aber auch endlich zu einer Verkürzung der Bearbeitungszeiten führen“, betonte Landeschef Ulrich Stock. Zugleich warb er für eine aufgabengerechte Personalausstattung der Bezüge- und Beihilfestelle. Eine App allein werde nicht ausreichen.

## ■ Zu niedriges Beförderungsbudget

Heftige Kritik übten die Vertreter des dbb bei dem Spitzengespräch an den nur un-

zureichend bereitgestellten Beförderungsmitteln. Das Festhalten an einem definitiv zu niedrigen Beförderungsbudget in Höhe von fünf Millionen Euro pro Jahr werde weder der Personalentwicklung noch der Kostenpauschalen für einzelne Beförderungsschritte gerecht. Für die gestiegenen Pauschsätze wurde bislang keine Nachsteuerung getroffen. Das habe zur Folge, dass eine hohe Anzahl beförderungsfähiger Beamtinnen und Beamten auch in diesem Jahr wieder nicht zum Zuge kommen werden, kritisierten die Vertreter des dbb sachsen-anhalt. Darüber hinaus lasse das langfristige Verfahren sowie die Verfügbarkeit des Budgets in den Dienststellen erst im zweiten Haushalts-halb-jahr den rechtzeitigen Abfluss der zugeteilten Mittel nicht zu. Als erschwerend erwies sich zusätzlich eine hohe Anzahl von Konkurrenzschutzklagen. Herfurth forderte deshalb, dass das Budget maßgeblich erhöht und die Übertragung der Haushaltsmittel ins Folgejahr Standard werden müssen. ■

## Amtsangemessene Alimentation

# Widerspruch erforderlich!

Für das Jahr 2023 wird Beamtinnen und Beamten dringend geraten, Widerspruch gegen ihre Besoldung zu erheben. Denn eine entsprechende Erklärung auf den Bezügemitteilungen – wie in den Jahren von 2015 bis 2021 – wird es im laufenden Jahr nicht geben. Das hat das Finanzministerium Sachsen-Anhalt beim Spitzengespräch mit dem dbb sachsen-anhalt am 26. September angekündigt.

„Die positive Entwicklung der Mindestlöhne und das ab 1. Januar 2023 deutlich angehobene Bürgergeld sind Maßnahmen der Bundesregierung zur Absicherung des Existenzminimums, die die Wahrung des Mindestabstandes zur Besoldung massiv infrage stellen“, begründete Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, den Aufruf zum Widerspruch.

Aufgrund der beim Bundesverfassungsgericht angestoßenen Verfahren und der wirtschaftlichen Veränderungen bestehe Anlass zur Annahme, dass die Amtsangemessenheit

bereits seit 2022, spätestens jedoch 2023 nicht mehr gegeben sei.

Das Bundesverfassungsgericht hatte zuletzt im Mai 2020 in zwei Entscheidungen (Az.: 2 BvL 4/18 und 2 BvL 6/17 u. a.) den Prüfraumen für die Verfassungsmäßigkeit der Alimentation hinsichtlich des Mindestabstandes zur sozialhilferechtlichen Grundsicherung und der Befriedigung der finanziellen Mehrbedarfe kinderreicher Familien völlig neu abgesteckt und deutlich verschärft. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, verfassungskonforme Regelungen zu treffen.

Zur Umsetzung dieser Entscheidungen hat das Land Sachsen-Anhalt das 3. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 1. Dezember 2021 erlassen (GVBl. LSA S. 550). Auf dessen Grundlage wurden ab Januar 2022 Nachzahlungen an die betroffenen Beamtinnen und Beamten geleistet.

Ferner bestand seit dem Jahr 2015 eine Zusage des Ministeriums der Finanzen, dass ein Widerspruch gegen die Besoldung wegen einer möglichen Unteralimentierung in Sachsen-Anhalt entbehrlich sei. Im Falle einer Nachzahlungspflicht aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes würden alle Beamten, Richter und Versorgungsempfänger so behandelt, als hätten sie im Jahr 2015 einen Antrag auf amtsangemessene Besoldung gestellt. Diese Zusage wurde jährlich bis zum Haushaltsjahr 2021 erneuert. Nachdem sich der Gesetzgeber dafür entschieden hatte, die Anpassung der allgemeinen Alimentation durch die Erhöhung der Famili-

enzuschläge für das erste und zweite Kind vorzunehmen, blieb für das Jahr 2022 allerdings die Zusage schon aus.

### ■ **Zusätzlichen Bedarf geltend machen**

Das Bundesverfassungsgericht geht bei Familien ab dem dritten Kind von einem zusätzlichen Bedarf aus, der möglicherweise vonseiten der betroffenen Beamten in einem Antrag zumindest zum Ausdruck gebracht werden muss. Daher sind bei einer gesetzlichen Neuregelung der allgemeine Widerspruch, ein Antrag auf amtsangemessene Alimentation beziehungsweise die bislang durch das Ministerium der Finanzen abgegebene Zusicherung nicht ausreichend.

Der dbb sachsen-anhalt hat seinen Mitgliedsgewerkschaften entsprechende Musterwidersprüche zur Verfügung gestellt. Diese können dort von den Mitgliedern der jeweiligen Gewerkschaft angefordert werden. ■

## 8. Gewerkschaftstag dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

# Michaela Neersen im Amt bestätigt

Auf dem 8. Gewerkschaftstag der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt am 12. Oktober 2023 in Magdeburg wurde Michaela Neersen mit überwältigender Mehrheit in ihrem Amt als Vorsitzende bestätigt.

Komplettiert wird das Team rund um Neersen durch Janine Dietz (Gewerkschaft der Sozialversicherung) als erste stellvertretende Vorsitzende sowie Karen Eschner (Deutsche Steuer-Gewerkschaft) als zweite stellvertretende Vorsitzende.

Anette Dölle, die bislang das Amt der ersten stellvertretenden Vorsitzenden innehatte, stand für eine weitere Kandidatur nicht mehr zur Verfügung. Sie sicherte aber ihren Verbleib in der Hauptversammlung und ihre uneinge-



► Der neu gewählte Vorstand: Karen Eschner (DSTG), zweite stellvertretende Vorsitzende, Michaela Neersen (GdV), Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, sowie Janine Dietz (GdS), erste stellvertretende Vorsitzende (von links)

schränkte Unterstützung der Frauenarbeit zu.

Der Gewerkschaftstag als höchstes Beschlussgremium der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt ist eine der wenigen Gelegenheiten für Frauen aller im dbb sachsen-anhalt vertretenen Mitgliedsgewerkschaften, sich in großer Runde auszutauschen.

### ■ Weichen gestellt

In insgesamt sieben Anträgen haben die 41 Delegierten des Gewerkschaftstags die Weichen für die frauen- und gleichstellungspolitische Arbeit der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt in den nächsten fünf Jahren gestellt.



> „Ein starker Zusammenhalt, gemeinsames Agieren und Kämpfen des gesamten dbb sind wichtig“, so Iris Herfurth, erste stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt.

Gefordert werden insbesondere ein modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen-Anhalt, der Ausbau und die Förderung mobilen Arbeitens in der Landes- und Kommu-



> „Das Frauenfördergesetz muss zu einem Gleichstellungsgesetz modernisiert werden“, forderte Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt.

nalverwaltung Sachsen-Anhalt, die Digitalisierung der Verwaltung sowie die Modernisierung und der Ausbau der Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Weitere Ziele sind ein verbindliches, geschlechtergerechtes Gesundheitsmanagement in der Landes- und Kommunalverwaltung, die Stärkung des gewerkschaftlichen Engagements sowie zielgerechte Regelungen für die Rückkehr aus Teilzeit- in die Vollzeitarbeit.

### ■ Öffentliche Veranstaltung mit interessanten Gästen

Gäste der öffentlichen Veranstaltung des Gewerkschaftstages waren Sarah Schulze, Gleichstellungsbeauftragte von Sachsen-Anhalt, Milanie Kreutz, Bundesvorsitzende der dbb frauenvertretung und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, sowie Iris Herfurth, erste

stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt.

Michaela Neersen ließ in ihrer Antrittsrede keinen Zweifel am künftigen Kurs der frauenpolitischen Arbeit: „Das Frauenfördergesetz muss zu einem Gleichstellungsgesetz modernisiert werden. Frauen müssen mehr Leitungsfunktionen in der Verwaltung übernehmen und auf ihrem Weg dahin unterstützt werden. In dieser Wahlperiode muss in Sachsen-Anhalt endlich wieder moderne Gleichstellungspolitik gemacht werden!“



> Bundesvorsitzende Milanie Kreutz lobte die hervorragende Zusammenarbeit mit Michaela Neersen, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb frauen ist.

Die Landesgleichstellungsbeauftragte Sarah Schulze, die den Frauen des dbb sachsen-anhalt zunächst für ihre Unterstützung dankte, bezeichnete ein modernes Landesgleichstellungsgesetz nur als ersten Ansatz für gelebte Gleichberechtigung. Ein solches Gesetz müsse darüber hinaus eine Reichweite haben, die über die Landesverwaltung hinausgeht.

Die Bundesvorsitzende der dbb frauen, Milanie Kreutz, betonte in ihrem Grußwort die hervorragende Zusammenarbeit mit Michela Neersen, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb frauen ist. Sachsen-Anhalt liege ihr durch die großartige Arbeit von Michaela Neersen in besonderer Weise am Herzen. Im Hinblick auf die gesellschaftspolitische Situation betonte Kreutz: „Angesichts der aktuellen Lage kämpfen wir derzeit oft darum, den Status quo der Gleichberechtigung zu halten.“ Mit Nachdruck appellierte sie an die Delegierten, die weiterführenden Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn dies derzeit viel Kraft erfordere.

Iris Herfurth, erste stellvertretende Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, die auch die Grüße des Landesvorsitzenden des dbb sachsen-anhalt überbrachte, unterstrich in ihrem Grußwort, wie wichtig ein starker Zusammenhalt, gemeinsames Agieren und Kämpfen des gesamten dbb im Hinblick auf die anstehende Einkommensrunde der Länder seien.

Der alte wie auch der neue Vorstand machten im Verlauf des Tages immer wieder deutlich, wie wertvoll, konstruktiv und wichtig die Zusammenarbeit mit den Frauen aus den Mitgliedsgewerkschaften für das Führungsgremium sei. ■

## BTB Sachsen-Anhalt unter neuer Führung

Unter dem Motto „Digitalisierung“ fand der Landesgewerkschaftstag des Bundes der Technischen Beamten (BTB) Sachsen-Anhalt am 20. September 2023 in Magdeburg statt. Rainer Kießling wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt.

„Es gibt in den nächsten fünf Jahren viel zu tun. Wir werden die politischen Gespräche mit den Landtagsfraktionen und

zuständigen Fachressorts schnellstmöglich aufnehmen“, kündigte Kießling nach seiner Wahl an.

Der neue BTB-Landesvorsitzende ist von Beruf Vermessungsingenieur, 54 Jahre alt, verheiratet und hat drei Kinder. Seit über 20 Jahren ist er Mitglied im BTB Sachsen-Anhalt und in unterschiedlichen ehrenamtlichen Funktionen für die Gewerkschaft tätig. So leitet er die Landesfachgruppe Vermessung und Landentwicklung im BTB Sachsen-Anhalt.

Dem neuen Führungsteam des BTB Sachsen-Anhalt gehören außerdem an: Frank Weigelt (stellvertretender Vorsitzender), Robert Lange (Kasse), Volker Charné (Schriftführer), Heike Jacobs (Frauen- und Jugendvertreterin), Lutz Schleef (Beauftragter für Senioren), Carsten Sielbeck (Referent Öffentlichkeitsarbeit), Steffen Lorenz (Beauftragter Tarifangelegen-

heiten) sowie die Vorsitzenden der drei Landesfachgruppen Lebensmittelchemie, Straßen- und Hochbau sowie Vermessung und Landentwicklung.

Der langjährige Landesvorsitzende Manfred Jacobs stand altersbedingt für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung und wurde für seine Verdienste beim Gewerkschaftstag geehrt.

### ➤ Arbeitsschwerpunkte festgelegt

Nach den Neuwahlen des Vorstandes legten die Delegierten die Arbeitsschwerpunkte des BTB Sachsen-Anhalt für die nächsten fünf Jahre fest. So sollen die Digitalisierung der Beihilfeverfahren vorangetrieben, die Laufbahngruppen flexibler gestaltet und das 49-Euro-Ticket auch als Jobticket etabliert werden. Außerdem will der BTB Sachsen-Anhalt erreichen, dass die Ausbildung zum Vermessungstechniker im Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVerGeo) wegen des fachlichen Bedarfs reaktiviert und die Beamtenausbildung erste Laufbahngruppe zweites Einstiegsamt (ehemals mittlerer Dienst) wieder im LVerGeo eingerichtet wird.

„Mit meinem Team werde ich mich nicht nur den neuen vom Gewerkschaftstag beschlossenen Aufgaben widmen, sondern mich auch fachübergreifend für alle Themen aus den Fachgruppen des BTB Sachsen-Anhalt einsetzen“, betonte Kießling. Ferner kündigte er an, die Arbeit des Landesvorstandes des BTB transparenter durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gestalten zu wollen.

### ➤ Mehr Arbeit mit weniger Personal

Zur öffentlichen Veranstaltung konnte der BTB den Staatssekretär beim Ministerium für Infrastruktur und Digitales, Bernd Schlömer, den Präsidenten der Landesstraßenbaubehörde

Sachsen-Anhalt, Stefan Hörold, den Bundesvorsitzenden des BTB, Jan-Georg Seidel, den Landesvorsitzenden des dbb sachsen-anhalt, Ulrich Stock, sowie Vertreter der Fraktionen Die Linke, FDP und Bündnis 90/Die Grünen begrüßen.

Der dbb Landesvorsitzende Ulrich Stock betonte in seinem Grußwort, dass durch die Spar-



➤ Volker Charné (Schriftführer), Carsten Sielbeck (Referent Öffentlichkeitsarbeit), Manfred Jacobs (scheidender Vorsitzender des BTB), Rainer Kießling (neu gewählter Vorsitzender des BTB), Frank Weigel (stellvertretender Vorsitzender des BTB), Lutz Schleaf (Referent Senioren) und Dieter Engelmann (scheidender Kassenwart und Ehrenmitglied des BTB) (von links)

maßnahmen der Landesregierung in den letzten Jahrzehnten immer weniger Personal immer mehr Aufgaben bewältigen müsse. „Das Problem kann auch nicht durch künstliche Intelligenz (KI) gelöst werden. Denn wer KI will, muss diese mit den entsprechenden Daten ‚füttern‘. Daten müssen gesammelt und digitalisiert werden“, gab Stock zu bedenken. Die Politik müsse deshalb nicht nur modern denken, sondern auch modern handeln.

Unverständnis zeigte Stock mit Blick auf die Besoldung darüber, dass der Dienstherr zwar zu Recht von seinen Beamtinnen und Beamten Verfassungstreue verlange, es aber selbst nicht für nötig halte, seine Beamtinnen und Beamten amtsangemessen zu alimentieren.

### ➤ Beamtenlaufbahnen durchlässiger gestalten

Der Staatssekretär beim Ministerium für Infrastruktur und Digitales, Bernd Schlömer, ver-

wies auf durchaus nennenswerte Erfolge bei der Digitalisierung, wie etwa bei der Auszahlung der Energiekostenpauschale an Studenten. Die digitale Antragsabwicklung wurde maßgeblich von Sachsen-Anhalt mitentwickelt. Nach Auffassung des Staatssekretärs sollen die Digitalisierung und KI in erster Linie Personallücken schließen.

Aufgeschlossen zeigte sich Schlömer gegenüber der Forderung des BTB, die technischen Beamtenlaufbahnen durchlässiger zu gestalten und berufsbegleitende Masterabschlüsse finanziell zu entlohnen. Er sehe hier aber erhebliche Schwierigkeiten bei der Überwindung „verkrusteter“ Strukturen des Beamtenrechts von Sachsen-Anhalt.

### ➤ Digitalisierung vorantreiben

Der BTB-Bundesvorsitzende Jan-Georg Seidel verwies auf viel zu komplexe Aufgaben in der Verwaltung. „In der Vergangenheit mussten besondere Ereignisse wie Hochwasser oder Corona passieren, um die Digitalisierung der Verwaltung voranzubringen. Die dabei entstandene Wertschätzung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist aber schon wieder in der Politik verloren gegangen“, kritisierte Seidel. Bei der Nachwuchsgewinnung setzt der BTB-Bundesvorsitzende in erster Linie auf Ausbildung. Angesichts des Tarifiergebnisses bei Bund und Kommunen sowie der Bahn hält Seidel schließlich bei der anstehenden Einkommensrunde der Länder ein angemessenes Tarifiergebnis für unverzichtbar, um langfristig konkurrenzfähig zu bleiben.

Landtagsabgeordneter Guido Kosmehl (FDP) warf schließlich der Landespolitik vor, die Digitalisierung in der Vergangenheit verschlafen zu haben. Auch Kosmehl räumte ein, dass Digitalisierung den Menschen nicht vollkommen ersetzen könne. Aus- und Fortbildung der Beschäftigten seien weiterhin zwingend notwendig. ■

### ➤ Ehrenamtliche Richterinnen und Richter berufen

Zum 1. September 2023 wurden folgende Kolleginnen und Kollegen zu ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit berufen beziehungsweise wiederberufen:

Sozialgericht Halle: Gabriele Bartsch (BTB), Andreas Braun (VDStra.), Kerstin Brietenhagen (VDStra.), Babett Endler (GdS), Viola Janßen (GdS), Heike Marita Karpke (GdS), Kevin Köhler (GdS), Frank Kolodzik (VDStra.), Stefan Olschak (DVG), Michael Reinsberg (VDStra.), Manuela Schwarzwald (GDL)

Sozialgericht Magdeburg: Michael Englerth (VDStra.), Rüdiger Otte (GDL), Frank Schmiedel (GDL), Sandy Schönfuß (GDL), Thomas Scholz (GDL), Uwe Thormann (GDL).

Sozialgericht Dessau-Roßlau: Uwe Stietz (VDStra.), Holger Westphal (GDL).

Landessozialgericht: Matthias Frommholz (GdS), Bianca Gohlisch (GdS), Anja Kumke (GdS), Heike Wolf (GdS).

Am 18. November 2023 – 11 bis 14 Uhr in Erfurt

# Wir löffeln gemeinsam die Suppe aus

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen wird gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften am 18. November 2023 in der Zeit von 11 bis 14 Uhr vom Landtag zur Staatskanzlei laufen. Eine symbolische Suppe, die wir schon seit Jahren auslöffeln müssen, wird an alle Teilnehmer ausgegeben. Du bist herzlich eingeladen! Komm vorbei! Denn du bist es wert!



**Heiße Suppe ...  
statt leerer Worte!**

**Mehr Wertschätzung für  
den öffentlichen Dienst**

© tbb

Schleppende Digitalisierung, ein zunehmender Fachkräftemangel und die Herausforderungen des demografischen Wandels:

Diese und zahlreiche weitere Probleme im öffentlichen Dienst sind für uns nicht neu, sondern beschäftigen uns als Verbände und Gewerkschaften schon seit Jahren.

Teilweise über Jahrzehnte wurden der Staat und die Verwaltung zusammengespart.

Der Staat funktioniert jedoch nicht ohne Menschen – ohne UNS, denn diese Menschen sind WIR, die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes bei Bund, Land und Kommunen.

WIR MACHEN STAAT! Jederzeit. Rund um die Uhr. Auch in Krisen.

WIR sind diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen.

WIR sind diejenigen, die die jahrelange Sparpolitik im öffentlichen Dienst aushalten.

WIR sind diejenigen, die einen funktionierenden Staat aufrechterhalten.

UNS fehlt es an allem.

UNS fehlt es an Kolleginnen und Kollegen, die die wachsenden Herausforderungen schultern.

UNS fehlt es an modernen Arbeitsbedingungen, die unsere Arbeit erleichtern.

UNS fehlt es nicht nur an mehr Schultern, auf die das MEHR an zusätzlicher Arbeit, die durch das MEHR an Gesetzen uns auferlegt wurde, verteilt werden kann.

UNS fehlt es nicht nur an MEHR Erleichterungen, die durch mehr Digitalisierung kämen. Uns fehlt es am MEHR!

WIR sind MEHR wert!

Und WIR sind VIELE.

Lasst UNS daher zusammenrücken und für bessere Bedingungen aktiv werden.

Deshalb wird der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften am 18. November 2023 in der Zeit von 11 bis 14 Uhr vom Landtag zur Staatskanzlei laufen. Eine symbolische Suppe, die wir schon seit Jahren auslöffeln müssen, wird an alle Teilnehmer ausgegeben.

Lasst uns ins Gespräch kommen und das WIR voranbringen!

#gemeinsammehrreichen  
#Wertschätzung jetzt  
#öffentlicherDienst  
#Demokratie  
#heißeSuppestattleereWorte



## Forderungsfindung TV-L 2023

# Thüringer Vertreter bei der Bundestarifkommission in Berlin

Am 11. Oktober hat die Bundestarifkommission des dbb ihre Einkommensforderung für die Tarifrunde der Länder beschlossen. Vor Ort mit dabei waren der tbb Landesvorsitzende Frank Schönborn und sein Stellvertreter Uwe Allgäuer.

Im Einzelnen lauten die Forderungen:

- > 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro.
- > Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen und Praktikanten um 200 Euro monatlich.
- > Unbefristete Übernahme der Auszubildenden und Dual

Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung in eine Vollzeitbeschäftigung.

- > 12 Monate Laufzeit.

Es sind drei Verhandlungsrunden, und zwar am 26. Oktober, am 2. und 3. November sowie vom 7. bis 9. Dezember 2023, vereinbart worden.



> Uwe Allgäuer (tbb), Volker Geyer (dbb), Frank Schönborn (tbb) (von links)

## Personalfragen im Bildungsbereich

# Gemeinsames Konzept zu Mehrarbeit und Seiteneinsteigern unterzeichnet

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen sowie seine Bildungsgewerkschaften thüringer lehrerverband (tlv), Thüringer Philologenverband (TPhV) und Berufsschullehrerverband Thüringen (BLV) haben am 25. September gemeinsam mit Bildungsminister Helmut Holter zwei Vereinbarungen unterzeichnet, die die Arbeitsbedingungen im Schuldienst des Landes verbessern sollen.

Die Vereinbarungen betreffen zum einen eine Verbesserung der Seiteneinstiegsmöglichkeiten in den Thüringer Schuldienst, zum anderen eine Zielvereinbarung über die rechtlichen Voraussetzungen für faire Mehrarbeit und für ein Unterrichtskontomodell.

Konkret wollen die beteiligten Gewerkschaften, zu denen auch die DGB-Gewerkschaft GEW zählt, ein Modell entwickeln, das freiwillige Mehrarbeit wie auch dafür gewährte attraktive Vergütungsmöglichkeiten umfasst.



> Heike Schimke (Thüringer Philologenverband), Kathrin Vitzhum (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen), Helmut Holter (TMBJS), Mario Köhler (Berufsschullehrerverband Thüringen), Frank Fritze (thüringer lehrerverband/tbb beamtenbund und tarifunion thüringen) (von links)

Unterzeichnet wurden die Vereinbarungen vonseiten des tbb durch Frank Fritze

(tlv und tbb), Heike Schimke (TPhV) und Mario Köhler (BLV).

## 9. Landeshauptvorstandssitzung am 20. Oktober 2023 in Erfurt

# Frank Fritze neues Landesleitungsmitglied

Frank Fritze wurde auf der 9. Landeshauptvorstandssitzung des tbb zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt und ergänzt damit das Landesleitungsteam des tbb um den Landesvorsitzenden Frank Schönborn.

Die Nachwahl war erforderlich geworden, weil Uwe Sommermann (tlv thüringer Lehrerverband) im Sommer aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat niederlegt hatte.

Frank Fritze gehört wie sein Amtsvorgänger dem tlv thüringer Lehrerverband an, dessen kommissarischer Landesvorsitzender er ist. Fritze bringt aus dem tlv eine über



> Frank Fritze (links) wurde auf der 7. Landeshauptvorstandssitzung als neues Mitglied der tbb Landesleitung gewählt.



> Herzliche Glückwünsche zur Wahl als Beisitzer im tbb Landesvorstand gehen an Robert Schöne (rechts) von der DSTG.



> Der neue Kassenprüfer Jörg Wimpler von der DSTG Thüringen (links) wurde vom Landesvorsitzenden Frank Schönborn im Gremium Landeshauptvorstand begrüßt.

15-jährige Erfahrung in der Leitung der Verbandsarbeit mit und ist zudem gestandenes Personalratsmitglied. Im tbb wird er die Bereiche Bildung/Hochschule und Öffentlichkeitsarbeit übernehmen.

Außerdem wurden auf der Landeshauptvorstandssitzung Robert Schöne als neues Beiratsmitglied im Landesvorstand sowie Jörg Wimpler als Kassenprüfer nachgewählt. Beide kommen aus den Reihen der DSTG Deutsche Steuer Gewerkschaft LV Thüringen und werden im Ehrenamt wichtige Funktionen in den Gremien des tbb übernehmen.

## DSGVO-Schulung

# Datenschutz in der Gewerkschaftsarbeit

Gewerkschaftlicher Datenschutz ist verpflichtend und darf nicht vernachlässigt werden. Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hat deshalb am 25. Oktober 2023 in Erfurt eine Schulung zum Thema Datenschutz für seine

Mitgliedsgewerkschaften durchgeführt.

Auf dem Programm standen neben den Rechtsgrundlagen und Grundsätzen des Datenschutzes der richtige Umgang mit zweckgebundenen Mit-

gliederdaten, die gesetzlichen Pflichten der Verantwortlichen und der Umgang mit Mitgliederanfragen, speziell deren Archivierung.

Auch die für den Datenschutz notwendigen technischen und

organisatorischen Maßnahmen (TOMs) wurden aufgezeigt und erläutert. Referent Schall-Kowalski gestaltete das Thema lebhaft und ging ausführlich auf die Fragen der Teilnehmer ein.

NachWuchsKampagne

# Für mehr Weiterbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst – gute Fachkräfte bekommt man nicht geschenkt!

Der öffentliche Dienst braucht einen Kulturwandel hin zum lebenslangen Lernen. Das betont auch Saskia Grimm, die Vorsitzende der dbb jugend thüringen: „Jeder Mensch im öffentlichen Dienst muss die Möglichkeit zu Fortbildungen erhalten – egal ob Führungskräfte, Mitarbeiter oder junge Menschen, die gerade mit der Ausbildung fertig geworden sind. Der Mensch lernt ein Leben lang, so abgedroschen das auch klingen mag.“

Gerade für junge Menschen sind die Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung wichtig und sie machen daran häufig die Attraktivität eines Arbeitgebers fest. Um dem Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, ist es folglich essenziell, in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu investieren.

Studienergebnisse zeigen jedoch, dass der öffentliche Dienst auf diesem Gebiet Verbesserungsbedarf hat. Er stellt lediglich ein halb so hohes Weiterbildungsbudget zur Verfügung wie Unternehmen der freien Wirtschaft (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V., 2021). Investitionen in gut ausgebildetes Fachpersonal dürfen nicht als reiner Kostenfaktor, sondern müssen als wertvolle Ressource angesehen werden.

## Handlungsbedarf im öffentlichen Dienst

Anforderungen und Rahmenbedingungen der Beschäftigung verändern sich zunehmend dynamisch. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, braucht es ein umfassendes Weiter- und Fortbildungsangebot im öffentlichen Dienst. Hier besteht Handlungsbedarf: Weiterbildungen müssen sich im öffentlichen

Dienst als fester Bestandteil der Arbeitswelt etablieren, um den modernen Herausforderungen gerecht zu werden.

Doch gerade damit sei es häufig schlecht bestellt, so die Landesjugendleiterin Saskia Grimm. „Wir hören zu oft, dass jemand keine Fortbildung erhalten hat. Häufig steht die Technik nicht zu Verfügung, um Schulungen gegebenenfalls auch digital anzubieten beziehungsweise wahrzunehmen zu

können. Wenn Technik zur Verfügung steht, reicht diese häufig nicht aus, um allen Beschäftigten eine Teilnahme an der Veranstaltung zu ermöglichen.“

## Digitales Lernen ausbauen

Im digitalen Lernen verberge sich jedoch eine große Chance. Durch den Digitalisierungsschub während der COVID-19-Pandemie konnten Weiterbildungsangebote in diesem For-

mat erweitert werden. Nach den Ergebnissen des Stifterverbandes (2021) stieg in den Behörden der Anteil digitaler Weiterbildungen von fünf auf 65 Prozent. Daran muss weiterhin festgehalten und das Bildungsangebot allgemein erweitert werden, denn so lassen sich Ausfallzeiten und Kosten minimieren.

Alles im allem muss der öffentliche Dienst in Weiter- und Fortbildungsangebote investieren und diese allen Beschäftigten zugänglich machen, um den wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht und innovativer zu werden. Auch junge Menschen erwarten dies vom öffentlichen Dienst als Arbeitgeber, denn gute Fachkräfte bekommt man nicht geschenkt! ■



Gute *Fachkräfte*

bekommt man nicht geschenkt.

Für mehr Weiterbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst Thüringens!



